

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Maßnahmenpaket zur Stärkung der inneren Sicherheit in Rheinland-Pfalz

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der inneren Sicherheit in Rheinland-Pfalz zu beschließen.

Nach den schrecklichen Ereignissen in den Vereinigten Staaten vom 11. September 2001 muss der internationale Terrorismus mit Entschlossenheit bekämpft werden, wobei alle rechtsstaatlich zulässigen Mittel auszuschöpfen sind. Dazu bedarf es nicht nur eines international abgestimmten multilateralen Vorgehens der Staatengemeinschaft und zielgerichteter, unnachgiebiger Maßnahmen auf Bundesebene, sondern gerade auch gezielter Initiativen auf Landesebene, die terroristische Aktivitäten sowie das Abtauchen von Extremisten verhindern helfen sollen. Aufgrund der aktuellen Ereignisse und des vorhandenen Gefährdungspotentials sind vorhandene Rechtsgrundlagen daraufhin zu überprüfen, ob sie zur Bekämpfung der heutigen Erscheinungsformen des internationalen Terrorismus überhaupt noch geeignet sind. Darüber hinaus sind verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, wie etwa ein Ausbau von Überwachungsmöglichkeiten, die es erleichtern, kleine Minderheiten radikaler und fundamentalistischer Ausländer aufzuspüren. Trotz der uns wieder vor Augen geführten Gefahren des weltweiten Terrorismus und Extremismus darf die tagtägliche Kriminalität nicht aus den Augen verloren werden. Die im Folgenden genannten Maßnahmen ermöglichen nicht nur eine wirksamere Eindämmung des internationalen Terrorismus, sondern eben auch der Alltagskriminalität, der die Bürger unseres Landes immer wieder ausgesetzt sind.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. das rheinland-pfälzische Landesamt für Verfassungsschutz personell und finanziell zu stärken;

dabei ist besonderes Augenmerk auf die Arbeit des Verfassungsschutzes im Bereich des islamistischen Extremismus zu legen. Die Beobachtung des islamistischen Extremismus muss in Deutschland flächendeckend und massiv durch den Einsatz aller verfügbaren nachrichtendienstlichen Mittel verstärkt werden. Hierzu ist ein gleich lautendes Vorgehen aller Länder und des Bundes wünschenswert, um keine extremistischen Zellen zur Vorbereitung weiterer Anschläge entstehen zu lassen;

2. sich dafür einzusetzen,

- a) die Rahmenbedingungen bei der rheinland-pfälzischen Polizei für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu verbessern,
- b) auch den Verfassungsschutz unterstützend zur Beobachtung der organisierten Kriminalität heranzuziehen und die daraus resultierenden Erkenntnisse für die polizeiliche Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu nutzen;

nur so können Strukturen der organisierten Kriminalität langfristig aufgeklärt und somit Polizei- und Strafverfolgungsbehörden durch ergänzende Informationen in die Lage versetzt werden, in eigener Zuständigkeit Verdachtsmomente aufzugreifen und weiter zu ermitteln;

3. sich dafür einzusetzen, die drastischen Sparmaßnahmen und einschneidenden Umstrukturierungen beim Bundesgrenzschutz und der Zollfahndung, von denen auch Rheinland-Pfalz betroffen ist, zu korrigieren;

die bundesweite Reduzierung der Einsatzverbände des Bundesgrenzschutzes von ursprünglich 21 auf nun elf Bundesgrenzschutz-Einsatzabteilungen hat nicht nur einen Verlust von rund 4 700 Stellen bei den geschlossenen Verbänden des BGS, sondern auch eine gravierende Reduzierung der Einsatzstärke zur Folge gehabt. Rheinland-Pfalz ist davon z. B. in Bad Bergzabern mit 117 Planstellen betroffen. Dem Bundesgrenzschutz ist wieder der notwendige Stellenwert einzuräumen und die Stärke der Einsatzverbände ist wieder auf den ursprünglichen Stand zurückzuführen.

Die Konzentration der Zollfahndung in Frankfurt am Main mit zwei Außenstellen in Rheinland-Pfalz wirkt sich nachteilig auf die Verfolgung der organisierten Kriminalität im Lande aus;

4. sich dafür einzusetzen, zum Schutz des Luftverkehrs bundeseinheitliche Regelungen, zumindest aber unverzüglich die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen für den Bereich des zivilen Luftverkehrs des Landes mit dem Ziel zu schaffen, eine zwingende Zuverlässigkeitsprüfung für Zugangsberechtigte im Sicherheitsbereich von Flughäfen zu verlangen;
5. Initiativen zu ergreifen bzw. zu unterstützen mit dem Ziel, Gegenstrategien gegen jede Form von Verbreitung extremistischen Gedankenguts im Internet zu entwickeln;
6. Initiativen zu ergreifen bzw. zu unterstützen mit dem Ziel einer wirksamen Bekämpfung der Geldwäsche;

die Europäische Union, Bund und Länder müssen effektive Überwachungsstrategien entwickeln, die es ermöglichen festzustellen, dass Finanzströme zur Finanzierung terroristischer Organisationen verwendet werden sowie dass zweifelhafte Finanzströme an nationalen und internationalen Finanzplätzen leichter aufgespürt werden können;

7. im Bundesrat eine Initiative zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes mit dem Ziel einzubringen, dass alle während des laufenden Asylantragsverfahrens dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bekannt gewordenen Erkenntnisse über Aktivitäten, Verbindungen und Mitgliedschaften von Asylbewerbern in extremistischen oder terroristischen Vereinigungen den betroffenen Landeskriminalämtern mitzuteilen sind, um die Erkenntnislage von Polizei- und Verfassungsschutz zu verbessern;
8. eine Initiative mit der Zielsetzung zu ergreifen, dass Fingerabdrücke, die im Rahmen der Asylantragstellung dem Bundeskriminalamt übersandt werden, künftig automatisch mit dem Gesamtbestand der erkennungsdienstlichen Unterlagen auch der Länder abgeglichen werden;

bislang wurden die Fingerabdrücke beim BKA daraufhin überprüft, ob der Asylantragsteller bereits unter anderem Namen einen Asylantrag gestellt hat. Personen, die sich vor Antragstellung bereits unter anderem Namen in Deutschland aufgehalten haben, hier straffällig geworden und erkennungsdienstlich behandelt wurden, konnten somit bisher nicht herausgefiltert werden;

9. sich dafür einzusetzen, bestehende Lücken im Visumsverfahren zu schließen mit der Zielrichtung,
 - a) Fingerabdrücke bei der Visumsbeantragung zu fertigen, zu speichern und an die zuständigen Sicherheitsbehörden in Deutschland zu übermitteln, um über Abgleich festzustellen, ob der Antragsteller bereits früher unter einer anderen Identität ein Asylverfahren betrieben hat, ob er in Deutschland als Straftäter aufgefallen ist oder ob sicherheitsrelevante Erkenntnisse über ihn vorliegen,
 - b) die Botschaften zu verpflichten, den Pass vor jeder Visumserteilung zu kopieren und die Antragsdaten einschließlich der Fotos für spätere Abfragen der Ausländer- und Sicherheitsbehörden bereitzuhalten;

10. im Rahmen der Einbürgerung die Regelanfrage beim Verfassungsschutz des Landes einzuführen;
auf diese Weise steht es Rheinland-Pfalz frei, Einbürgerungen wegen sicherheitsrelevanter Bedenken abzulehnen;
11. Initiativen zu unterstützen oder zu ergreifen, die obligatorische Regelanfrage bundesweit einzuführen, und zwar grundsätzlich nicht erst zum Zeitpunkt der Einbürgerung, sondern schon sobald einem Ausländer ein dauerhafter ausländerrechtlicher Status gewährt wird;
12. eine Änderung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (POG) mit der Zielsetzung der Einführung verdachtsunabhängiger Kontrollen („Schleierfahndung“) mitzutragen, wie dies schon von der CDU-Landtagsfraktion im November 1996 gefordert wurde;
die Einführung dieser Maßnahme gerade in den Nachbarländern von Rheinland-Pfalz und erste Erfahrungen haben den Erfolg der „Schleierfahndung“ verdeutlicht. Es besteht für Rheinland-Pfalz die Gefahr, in eine Insellage bei der Kriminalitätsbekämpfung zu geraten;
13. eine Änderung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (POG) mit der Zielsetzung mitzutragen, den Vorbeugegewahrsam nach § 14 Abs. 1 Nr. 2 POG nicht wie nach § 17 Nr. 3 POG auf höchstens 24 Stunden zu beschränken, sondern die Möglichkeit zu schaffen, die Ingewahrsamnahme bis zu einer Dauer von einem Tag nach dem Aufgreifen zu verlängern;
14. eine Änderung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (POG) mit der Zielsetzung mitzutragen, eine gesetzliche Grundlage für die Möglichkeit der Einführung der Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten zur Gefahrenabwehr und zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit zu schaffen.

Für die Fraktion:
Herbert Jullien